

# **Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band IV**

## **Vom souveränen Deutschen Reich zur fremdbestimmten Kolonie der USA**

### **Die US-Kolonie Bundesrepublik Deutschland**

**Band IV/033**

#### **Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands bis zur DDR 2.0 von 1990-2020: 30 Jahre Vasallenschaft und eingeschränkte Selbstbestimmung, Teil 9**

##### **Fragen und Antworten zur unfreien BRD/DDR 2.0 (1990 bis 2020):**

##### **14. Weshalb entwickelten sich die öffentlich-rechtlichen Medien der Bundesrepublik Deutschland zu linkslastigen Propagandawerkzeugen?**

Der US-amerikanische Journalist und Zeitungspublizist John Swinton (1829-1901) berichtete bereits im Jahre 1883 während einer Rede in New York vor anderen Journalisten über die angebliche Unabhängigkeit der US-Presse (x317/248-249): >>... So etwas gibt es bis zum heutigen Tage nicht in der Weltgeschichte, auch nicht in Amerika: eine unabhängige Presse.

Sie wissen das, und ich weiß das. Es gibt hier nicht einen unter Ihnen, der es wagt, seine ehrliche Meinung zu schreiben. Und wenn er es täte, wüßte er vorher bereits, daß sie niemals im Druck erschiene. Ich werde wöchentlich dafür bezahlt, daß ich meine ehrliche Meinung aus dem Blatt, mit dem ich verbunden bin, heraushalte.

Andere von Ihnen erhalten ähnliche Bezahlung für ähnliche Dinge, und wenn Sie so verrückt wären, ihre ehrliche Meinung zu schreiben, würden Sie umgehend auf der Straße landen, um sich einen neuen Job zu suchen. Wenn ich mir erlaubte, meine ehrliche Meinung in einer der Papierausgaben erscheinen zu lassen, dann würde ich binnen 24 Stunden meine Beschäftigung verlieren.

Das Geschäft der Journalisten ist, die Wahrheit zu zerstören, schlankweg zu lügen, die Wahrheit zu pervertieren, sie zu morden, zu Füßen des Mammons zu legen und sein Land und die menschliche Rasse zu verkaufen zum Zweck des täglichen Broterwerbs. Sie wissen das, und ich weiß das, also was soll das verrückte Lobreden auf die freie Presse?

Wir sind Werkzeuge und Vasallen von reichen Männern hinter der Szene. Wir sind Marionetten. Sie ziehen die Strippen und wir tanzen an den Strippen. Unsere Talente, unsere Möglichkeiten und unsere Leben stehen allesamt im Eigentum anderer Männer. Wir sind intellektuelle Prostituierte. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete zum Beispiel im Jahre 1962 über die "Presse" in der DDR (x009/335-336): >>Die Presse ist im kommunistischen Bereich eines der wichtigsten Mittel zur Massenbeeinflussung und zur Verbreitung der kommunistischen Ideologie.

Die gesamte Presse, über die eine Postzeitungsliste herausgegeben wird, ist Lizenzpresse. ... Zeitungslizenzen erhalten ausschließlich die SED, die Massenorganisationen und die durch die Blockpolitik gleichgeschalteten Parteien. ...

... Die Einheit der Nachrichtenpolitik wird durch den ADN gewährleistet.

Von der in der Verfassung (Art. 9) proklamierten freien Meinungsäußerung kann keine Rede sein.

... Inhaltlich unterscheiden sich die Zeitungen kaum. Der Nachrichtenteil unterliegt in gleicher Weise wie die redaktionellen Meinungsäußerungen der zentralen Lenkung. Auslandsmeldungen dürfen nur vom ADN übernommen werden. ...

Ebenso wie die Tagespresse sind die Wochen- und Monatszeitschriften der Massenorganisationen gelenkt. Sogar die Fach- und Sportpresse usw. besitzt einen umfangreichen politischen und ideologischen Teil.

Das Fehlen von objektiven Nachrichten und der eintönige Stil und Inhalt der sowjetzonalen Presse begründen ein starkes Bedürfnis nach westlicher Publizistik.

Die Verbreitung westlicher Presse wird als Hetze gegen die "sozialistische Ordnung" aufgefaßt und mit Zuchthausstrafen bedroht. ...<<

Herbert Ludwig berichtete am 31. Oktober 2014 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die 4. Gewalt der Medien (x946/...): >>>**Der Journalismus als Herrschafts-Instrument**

Die Medien können heute dem Menschen die Möglichkeit umfassender Information und Horizontenerweiterung bieten. Dies setzt aber eine wache Haltung voraus, in der er nicht einfach naiv oder autoritätsgläubig übernimmt, "was schwarz auf weiß geschrieben steht" oder mit sonorer Stimme von "da oben" verkündet wird, sondern es selber durchdenkt und auf seine Stimmigkeit überprüft.

Eine solche Haltung ist indessen noch nicht weit verbreitet, wie man in den Redaktionen sehr wohl weiß. So sind die Medien außerordentlich wirksame Instrumente der Beeinflussung und Meinungsmache, da die von ihnen verwendeten Begriffe unmittelbar in das Bewußtsein der Menschen eindringen, dieses unbemerkt prägen und so Verhalten und Handeln großer Massen steuern können.

Daher haben die modernen Machtstaaten das größte Interesse daran, die Medien direkt oder indirekt in ihren Dienst zu stellen. In Diktaturen versteht sich die mediale staatliche Propaganda von selbst. Daß dies in "Demokratien" nicht anders ist, nur versteckter stattfindet, dafür müssen die meisten Menschen erst aufwachen.

### **Macht braucht Medien**

Die Macht ist darauf angewiesen, daß sie durchgehend funktioniert, d.h. daß der Wille der Herrschenden, der sich in Gesetze und Verordnungen ergießt, befolgt und notfalls von den Staatsdienern mit den verschiedenen Mitteln des Zwanges durchgesetzt wird. Die Herrschaft funktioniert um so besser und reibungsloser, je bereitwilliger die Untertanen den Willen der Herrschenden ausführen und ihr Leben danach einrichten.

Diese Bereitwilligkeit kann in dem Maße erzeugt werden, als die Herrschenden Sinn und Notwendigkeit ihrer Vorhaben den Untertanen durch öffentliche Verlautbarungen und Erklärungen so nahe bringen, daß diese sie einsehen oder zumindest durch den Druck einer entstandenen "öffentlichen Meinung" für sich keine andere Möglichkeit sehen und sich daher fügen.

Diese "öffentliche Meinung" kann nur durch dienstbare Journalisten hergestellt werden, aus deren möglichst flächendeckenden Informationen, Kommentaren und Diskussionen die Suggestion einer "öffentlichen Mehrheitsmeinung" aufsteigt, die dem Willen der Herrschenden entspricht. Sie wird daher zu Recht "veröffentlichte Meinung" genannt.

In Diktaturen wurde und wird diese Arbeit der Medien am Bewußtsein der Menschen offen als Regierungs-Propaganda (lat. propagare - verbreiten) bezeichnet, die von einem entsprechenden Propaganda-Ministerium (nach Orwell: "Wahrheits-Ministerium") gesteuert wird.

In den modernen "demokratischen" Machtstaaten verbietet sich das, da es darum geht, den demokratischen Schein zu wahren. Hier erhalten die Medien offiziell den Rang einer unab-

hängigen Instanz, welche die drei klassischen Gewalten der Legislative, Exekutive und Judikative als vierte Gewalt zu kontrollieren habe.

Abgesehen davon, daß die Unabhängigkeit der drei klassischen Gewalten durch das Parteiensystem, das alle drei durchdringt, längst nicht mehr besteht, ist auch eine unabhängige Presse als vierte Gewalt eine täuschende Fassade. Denn, wie wir gesehen haben, bedürfen die "demokratischen" Machthaber für das Funktionieren ihrer naturrechtswidrigen Macht, d.h. zur Überwältigung des Willens der Untertanen, ebenfalls der Medien, die sie sich daher auf alle mögliche versteckte Weise dienstbar machen, wozu natürlich auch gehört, sie mit Journalisten, die einer Regierungspartei angehören oder ihr nahe stehen, zu durchsetzen.

Daß auch in der "Demokratie" die Medien, besonders natürlich die parteiverseuchten staatlichen Fernsehanstalten, Propaganda-Agenturen der herrschenden Politik sind, ist gegenwärtig an der geradezu zum Krieg hetzenden "Ukraine-Berichterstattung" für jedermann offensichtlich geworden.

Und zum Glück rebellieren auch immer mehr Menschen dagegen. Elisabeth Noelle-Neumann, die Gründerin des Umfrageinstitutes Allensbach, machte schon früh darauf aufmerksam. Sie sagte einmal zu dem damaligen FAZ-Journalisten Udo Ulfkotte. "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit."

Die weltweit angesehene Meinungsforscherin und Professorin für Kommunikationswissenschaften war eine der wenigen unabhängigen Köpfe in der öffentlichen Arena und erfreute sich in den Medien keiner Beliebtheit, *"weil sie etwas auszusprechen wagte, das in Deutschland als Tabu galt: die systematische Beeinflussung und Steuerung von Menschenmassen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Noelle-Neumann nannte es die "Schweigespirale", wenn Massenmedien wie das Fernsehen Minderheitenmeinungen öffentlich als Mehrheitsmeinungen darstellten und die Menschen nicht aufmuckten, sondern aus Angst vor sozialer Isolation einfach dazu schwiegen.*

*Aus der Schweigespirale, als wissenschaftliche Theorie in der Kommunikationsforschung von Noelle-Neumann schon in den 1970er-Jahren formuliert, ist in den seither vergangenen Jahrzehnten ein noch weitaus mächtigerer und bösertigerer Dämon geworden, der uns Bürger heute rund um die Uhr fest im Griff hat. Er manipuliert uns. Und dieser Dämon lügt. Vor allem in Kriegen."*

Es erhebt sich die Frage, wie und wo die verborgene Verzahnung von Macht und Medien in Deutschland konkret geschieht.

### **Wer hat die Macht in Deutschland?**

Nun ist aber zum Verständnis des politischen Willens der Herrschenden die Erkenntnis wichtig, daß es nicht ihr originär eigener ist, daß sie nicht die wirklich Herrschenden sind.

Abgesehen von der Einbindung Deutschlands in den Beinahe-Bundesstaat EU, der bereits ca. 80 % der Gesetze des Bundestages vorgibt, sind nach der nüchternen Feststellung des US-Geostrategen Brzezinski Westeuropa und Mitteleuropa und damit auch die EU amerikanisches Protektorat, tributpflichtige Vasallenstaaten. Sie bilden den geostrategischen Brückenkopf des US-Imperiums für die Ausdehnung seiner indirekten und direkten Herrschaft nach Zentralasien.

Dieses Unterordnungsverhältnis wird notdürftig als "transatlantische Partnerschaft", als ein Bündnisssystem von befreundeten Staaten kaschiert, das Brzezinski ironisch ein System der indirekten und scheinbar konsensbestimmten Hegemonie der Vereinigten Staaten nennt, in dem diese im Mittelpunkt eines ineinander greifenden Universums stehen, in dem die Macht durch dauerndes Verhandeln, im Dialog, durch Diffusion und dem Streben nach offiziellem Konsens ausgeübt wird, selbst wenn diese Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich Washington, ausgeht.

In einem Anfall von Aufrichtigkeit gestand Wolfgang Schäuble am 18.11.2011 auch ein: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

Zu diesem indirekten Herrschaftssystem gehört die Einbindung in das US-geführte europäische Söldnerheer der NATO, in dem die Vasallenstaaten die Herrschaft und Ausbreitung des US-Imperiums auch militärisch unterstützen müssen.

Ein wesentliches Element der indirekten US-Herrschaft über die Vasallenstaaten ist nach Brzezinski die Einflußnahme auf deren Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien, d.h. ihre psychische und karrierefördernde Einbindung in die Interessen und Ziele der USA.

Diese Einflußnahme und Einbindung der Eliten geschieht in Deutschland in transatlantischen Organisationen wie *Atlantik-Brücke*, *Aspen-Institut*, *Deutsche Atlantische Gesellschaft*, *Atlantische Initiative*, *American Academy*, *American Jewish Committee*, *Deutsche Atlantische Gesellschaft*, *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik*, *European Council on Foreign Relations* und anderen, die als private Vereine mit hehren Zielen der deutsch-amerikanischen Freundschaft und der Völkerverständigung auftreten.

Im nicht jedermann zugänglichen Inneren werden aber in enger Zusammenarbeit mit amerikanischen Elite-Zirkeln und dem CIA "young-leaders" (junge Führer) für Führungsaufgaben primär in Politik und Medien herangebildet. Dies öffnet ihnen den Zugang zu weiteren US-dominierten Zirkeln und Veranstaltungen. "Es ist wie eine Gehirnwäsche. Nur merken die deutschen Teilnehmer in der Regel nicht, daß sie einer proamerikanischen Gehirnwäsche unterzogen werden."

### **Verzahnung**

Hier werden also die maßgebenden politischen Marionetten und journalistischen Propagandisten gemeinsam vorbereitet und indoktriniert, und sie unterstützen oder auch ermahnen sich gegenseitig für die amerikanischen Interessen. Neben führenden Politikern wie Angela Merkel, Thomas de Maiziere, Helmut Schmidt, Hans-Peter Friedrich, Cem Özdemir, Peter Altmeier, Karl-Theodor zu Guttenberg z.B. sind oder waren Alpha-Journalisten wie Kai Diekmann (Bild), Günther Nonnenmacher (FAZ), Josef Joffe (Zeit), Thomas Bellut (ZdF), Thomas Roth (ARD) mit transatlantischen Organisationen in Verbindung.

Unter diesen nimmt die Atlantik-Brücke eine besonders rührige Stellung ein. Sie wurde 1952 auf Anregung von John McCloy, früher Weltbankpräsident, Vorstandsvorsitzender von Rockefeller's Chase Manhattan Bank und Hoher Kommissars für die BRD, also führender Kopf der amerikanischen Besatzungsmacht, von dem Bankier Eric M. Warburg ins Leben gerufen. Marion Gräfin Dönhoff, Mitherausgeberin der Wochenzeitung *Die Zeit*, gehörte zu den Gründungsmitgliedern.

Der frühere CDU-Bundesschatzmeister Walter Leisler Kiep war von 1984 bis 2000 Vorsitzender. Heute hat Friedrich Merz (CDU) den Vorsitz, zugleich Mitglied der Trilateralen Kommission, einer von David Rockefeller gegründeten Lobbyorganisation der Finanzwirtschaft, der auch die stellvertretende Vorsitzende der Atlantik-Brücke, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Edelgard Bulmahn (SPD) angehört.

Allein in den Jahren 2006 bis 2012 werden in den Jahresberichten der Atlantik-Brücke 88 Journalisten erwähnt, davon 26 aus dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien, darunter Jörg Schönenborn (ARD), Ingo Zamberoni (ARD), Theo Koll (ZdF), Ingo van Kampen (ZdF), Claus Kleber (ZdF), Klaus-Peter Sieglöck (ZdF), Friedbert Meurer (Deutschlandradio). 3 Journalisten waren von der Bild Zeitung, 9 von der ZEIT, 3 von der FAZ, 2 vom Spiegel, 3 aus dem Springer Verlag, 4 vom Stern, 6 vom Tagesspiegel.

Die Atlantik-Brücke vergibt einen nach dem ehemaligen US-Botschafter in Deutschland Vernon A. Walters benannten Preis "an Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maße um die deutsch-amerikanischen Beziehungen verdient gemacht haben", wie es offiziell heißt.

Verschwiegen wird, daß Walters Geheimdienstkoordinator der USA im Ausland und operativer Leiter der CIA war. "Er bezeichnete den Vietnamkrieg bis zuletzt trotz seiner Millionen Opfer als einen der nobelsten und selbstlosesten Kriege, den die Vereinigten Staaten je geführt haben. Und es war genau dieser CIA-Mann Walters, der in Europa die Grundzüge für das geheime Gladio-Netzwerk (der NATO) aufbauen ließ. ...

Er war an allen politischen Brennpunkten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit subversiven Aktionen maßgeblich beteiligt, so im Koreakrieg (1950-1953), beim Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Mossadegh im Iran (1953) ... und beim Militärputsch in Brasilien (1964)." Er war verantwortlich für die CIA-Operation zur Unterstützung des Militärputsches in Chile (1973) "und bei Aktivitäten zum Abwürgen der Nelkenrevolution in Portugal (1974).

Seine Spuren sind zu finden bei opferreichen Aktionen gegen demokratische Entwicklungen in Angola, Guatemala, Nicaragua und bei den jahrelangen Menschenrechtsverletzungen durch die Militärregimes in Südamerika (Operation 'Condor'), bei denen Hunderttausende Menschen ermordet, verschleppt oder gefoltert wurden. Und nach diesem CIA-Mann benennt die Atlantik-Brücke, welche das alles verschweigt, heute einen Preis. Und Menschen wie die Bundeskanzlerin Merkel oder Bild-Chef Diekmann sind dort Mitglied."

### **Methoden**

Die Amerikaner verlassen sich bei der systematischen Beeinflussung der deutschen Eliten nicht allein auf ihre "Schulung" in den genannten Vereinen und Veranstaltungen. Sie wissen die Bereitschaft durch ein beliebtes Schmiermittel noch zusätzlich zu fördern.

"In Deutschland ansässige transatlantische Organisationen konnten 2014 US-Fördergelder dafür beantragen, wenn sie Deutsche so beeinflussen, daß die proamerikanische Interessen vertreten, etwa beim von den USA geforderten Freihandelsabkommen. ... Für jede gut vorbereitete Manipulation deutscher Meinungsführer bei uns gab es zwischen 5.000 und 20.000 Dollar von der US-Botschaft, je nach Wichtigkeit der beeinflussten Eliten."

Bewerbungs-Formulare konnten sich die US-nahen Clubs von der Webseite der US-Botschaft herunterladen, was offenbar in ausgiebigem Maße geschah, da sich die Botschaft dort ausdrücklich für die zahlreiche Teilnahme bedankte.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem System der Einfluß der Geheimdienste auf die Medien, wobei die deutschen Geheimdienste wiederum genauso von den USA abhängig sind wie die anderen staatlichen Stellen.

"Die FAZ ermunterte mich ausdrücklich dazu, den Kontakt zu westlichen Geheimdiensten zu verstärken und freute sich, wenn ich die mitunter von dort zumindest in Stichworten vorformulierten Berichte mit meinem Namen versah", schildert Ulfkotte.

Ein Artikel wurde ihm einmal gar von zwei Mitarbeitern des BND in der FAZ-Redaktion in Frankfurt formuliert und "Absatz für Absatz weitgehend vorgegeben." Aufgabe dieser beiden war es, Berichte für renommierte deutsche Zeitungen zu schreiben. "Der BND machte das damals mit Wissen deutscher Medienhäuser, nach Angabe seiner Mitarbeiter bei vielen Zeitungen so."

"Man kann einen Journalisten billiger haben als eine gute Hure, für einige hundert Dollar im Monat. Mit diesen Worten zitierte der Redakteur Philip Graham von der Washington Post einen CIA-Agenten über die Bereitschaft und den Preis jener Journalisten, die gewillt waren, für die CIA Propaganda-Berichte in Artikeln zu verbreiten. Natürlich mit Rückendeckung der Arbeitgeber. ...

Und der BND war der verlängerte Arm der US-Geheimdienste, eine Art Tochterorganisation. Man hat mir beim BND zwar nie Geld angeboten. Aber das brauchte man bei mir und vielen deutschen Kollegen auch gar nicht. Wir fühlten uns so großartig, wenn wir Auftragsschreiber eines Geheimdienstes waren oder irgendwie für ihn arbeiten durften."

Dabei kann keiner die "Informationen" des Geheimdienstes nachprüfen. Man druckt das einfach. "Ich habe daran zwar freiwillig mitgewirkt, aber mir wurde auch mitgeteilt, daß ich entlassen werden könne, wenn ich da nicht mitmache", so Ulfkotte aus seiner Erfahrung. Nachfragen bei befreundeten Anwälten bestätigten ihm, daß dies nach der gängigen Rechtsprechung ein Kündigungsgrund sei.

Aber auch das große Netz der Auslandskorrespondenten ist für den BND interessant. Es ist "die perfekte Tarnung, um über unverdächtige 'Journalisten' heikle Recherchen erledigen zu lassen." Der BND hat neben 6.000 festangestellten Mitarbeitern auch noch rund 17.000 "informelle" Mitarbeiter, die ganz normale Berufe haben, zu denen offenbar wesentlich zahlreiche Journalisten gehören.

"Das ist weltweit so. Denn wie ich im Laufe der Jahrzehnte im Ausland zwangsläufig mitbekam, war bei amerikanischen oder britischen Zeitungen fast jeder Auslandsreporter zugleich auch für die nationalen Geheimdienste tätig. Man muß das einfach im Hinterkopf haben, wenn man glaubt, in Medien 'neutrale' Berichterstattung vor sich zu haben."

### **Netzwerke**

Der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger hat in einer empirischen Untersuchung festgestellt, daß im Zeitraum von 2002 bis 2009 von 219 leitenden Journalisten 64 im Zusammenhang mit 82 Organisationen bzw. Strukturen standen, in denen Kontaktpotential mit Repräsentanten von Staat und/oder Konzernen sowohl Deutschlands als auch anderer Länder bestand. Dabei handelte es sich nur um Verbindungen, "die mit der Ausübung ihrer journalistischen Tätigkeit nicht unmittelbar zu tun hatten." Diese 64 Journalisten arbeiteten bei 13 der insgesamt 14 Leitmedien."

Krüger untersuchte insbesondere die Netzwerke von vier besonders mit den Einrichtungen, Instituten, Stiftungen, Konferenzen und Tagungen der Eliten verbundenen US-nahen Alpha-Journalisten: Klaus-Dieter Frankenberger, bei der FAZ verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik; Josef Joffe, Mitherausgeber der Zeit; Michael Stürmer, Chefkorrespondent der Welt, und Stefan Kornelius, Außenpolitik-Ressortleiter der SZ.

Drei von ihnen hatten schon vor 2002 eine starke Verbindung zu den USA: Frankenberger war 1985-86 Mitarbeiter eines Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus und 1990 Marshall Fellow der Harvard-University. Kornelius war von 1996 bis 1999 USA-Korrespondent der SZ in Washington. Und Joffe studierte an der Universität in Washington, promovierte in Harvard und lehrte später jeweils auch als Dozent an beiden Orten.

Die Netzwerke der vier Top-Journalisten haben auffällige Gemeinsamkeiten: "In allen vier spielen nicht nur Organisationen eine Rolle, die sich mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigen, sondern auch speziell mit der Festigung der transatlantischen Beziehungen, also der Partnerschaft zwischen der USA und Deutschland bzw. Europa, die zu einem großen Teil über ... die Nato vermittelt wird. Alle vier waren Teilnehmer der *Münchener Sicherheitskonferenz*, die historisch aus der Nato heraus erwachsen ist. Frankenberger und Joffe waren Mitglieder der (von David Rockefeller initiierten) *Trilateralen Kommission*.

Joffe und Stürmer waren in der *Atlantik-Brücke* involviert ... Joffe und Kornelius waren im *American Institute for Contemporary German Studies* involviert sowie im *American Council on Germany* ... Frankenberger war Beiratsmitglied der *Atlantischen Initiative*, ... Kornelius saß im Präsidium der *Deutschen Atlantischen Gesellschaft*, die Lobbyarbeit für die Nato macht. Joffe war Teilnehmer der geheimen *Bilderberg-Konferenz*, ... sowie Kurator der *American Academy* in Berlin und des *Aspen Institute Deutschland* und hat die US-Fachzeitschrift *The American Interest* mitbegründet.

Weitere gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Organisationen waren die *Bundesakademie für Sicherheitspolitik* (Frankenberger, Kornelius), die *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik* (Kornelius, Joffe, Stürmer) sowie deren Organ *Internationale Politik* (Korne-

lius, Frankenberger, Joffe).

Alle vier Journalisten zeigten aus diesem US- und Nato-geprägten Milieu heraus eine weitgehende Übereinstimmung in ihrem "journalistischen Output" auf. Sie argumentierten ganz im Sinne der Außen- und Sicherheitspolitik der amerikanischen und deutschen Regierung. Sie fordern einen geographisch bis zum Hindukusch und wirtschaftlich bis zu den Ursachen des Terrorismus erweiterten Sicherheitsbegriff, und "erwähnen einen Katalog von Bedrohungen, wie er ähnlich oder gleichlautend in den offiziellen Dokumenten von Bundesregierung, EU, Nato und USA vorkommt."

Sie erklären, daß der Kalte Krieg zu Ende, das Zeitalter der klassischen Landesverteidigung oder das 'Westfälische System' der souveränen Staaten überholt und eine neue Zeit angebrochen sei. "Einig sind sich alle vier, daß Deutschland das Bündnis mit den USA (bzw. die transatlantischen Beziehungen bzw. die Nato) pflegen sollte, um den Bedrohungen angemessen begegnen zu können."

Angesichts der Ablehnung deutscher kriegerischer Einsätze durch die Mehrheit der Deutschen fordern sie "verstärkte Anstrengungen der Politik, den Bürgern die Notwendigkeit des Militäreinsatzes in Afghanistan zu vermitteln" und "offensiv für mehr militärisches Engagement zu werben." Alle vier verlangen, "daß Deutschland die Ansprüche der Nato erfüllen und somit seine Bündnistreue ... unter Beweis stellen sollte."

"Nicht vergessen werden sollten die historischen Leistungen, die die USA und die Nato seit Ende des Zweiten Weltkrieges für die Bundesrepublik erbracht haben. Alle vier Journalisten führen dies an und erwähnen teilweise Dankbarkeitsgefühle oder kritisieren die Undankbarkeit der Deutschen."

Uwe Krüger untersuchte auch die Berichterstattung über die Münchner Sicherheitskonferenz mit dem Ergebnis: Die Welt, FAZ und SZ, von denen jeweils ein hochrangiger Journalist auch regulärer Teilnehmer war, berichteten detailliert die Auffassungen der Eliten, ohne sie zu hinterfragen oder die Kritik der Friedensbewegung zu würdigen. Da die Berichterstattung nicht nur von den zuvor beleuchteten Journalisten geleistet wurde, weise dies "auf eine generelle Elitenorientierung dieser Redaktionen zumindest in diesem Themenfeld hin."

Man wußte ja von dieser Verschwörung. Hier wird ihre Theorie wissenschaftlich bestätigt.  
...<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 14. Oktober 2015 (x893/...): >>**Käufliche Journalisten manipulieren die öffentliche Meinung**

### **... Die mediale Konstruktion der Wirklichkeit**

Elisabeth Noelle-Neumann sagte vor etwa 20 Jahren anlässlich eines Redaktionsbesuches der FAZ: "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte Wirklichkeit." Das geschieht durch die systematische Beeinflussung und Steuerung der Massen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Die Gründerin des Umfrage-Instituts Allensbach benannte die Folge eine "Schweigespирale", wenn das Fernsehen ständig Minderheitenmeinungen als Mehrheitsmeinungen darstellt.

Die Bürger präsentieren den Journalisten dafür die Rechnung, indem zwei Drittel der Befragten den Medienleuten mangelnde Objektivität und Glaubwürdigkeit bescheinigen. Die Journalisten werden nicht mehr als ehrliche Makler zwischen Politik, Wirtschaft und Weltgeschehen einerseits und den Bürgern andererseits angesehen. Denn das sind sie nicht. Viele von ihnen sind "gekaufte Journalisten".<<

Nach der sogenannten Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "Vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet.

Die von der neomarxistischen Frankfurter Schule ausgebildeten oder beeinflussten Politiker, Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten der 68er Bewegung schafften letzten Endes ein kommunistisches Gesinnungskartell, um jeglichen Widerstand zu verfolgen, zu unterdrücken oder als faschistisch abzuurteilen. Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die Demokratie zwangsläufig auf der Strecke, denn eine unabhängige Demokratie steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt").

### **15. Warum bezeichnet man die Bundesrepublik Deutschland auch als Kolonie der USA?**

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde am 12. September 1990 ausdrücklich die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954 (Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vom 23.10.1954) und blieb weiterhin Zwangsmitglied der Europäischen Union, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben.

Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) erklärte im Jahre 1996 in der Berliner Akademie der Künste (x346/8): >>... **Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl waren alle Bundeskanzler inoffizielle Mitarbeiter der CIA.<<**

Der SPD-Politiker Oskar Lafontaine (seit 2005 Parteimitglied der "Linken") berichtete am 6. Januar 2003 in der BILD-Zeitung (x353/76): >>... Wenn Washington am Golf Krieg führt, ist Deutschland immer beteiligt, weil es der Flugzeugträger der USA in Europa ist. Wir sind kein souveräner Staat. Wir nehmen gezwungenermaßen an Angriffskriegen der Supermacht teil.<<  
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>**Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP**

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. ...

Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. ... "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu. Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel, CDU, "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". ...<<

Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>... Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>**"Lebenslüge der Bundesrepublik"**

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung. ...

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die

Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>EU am Scheideweg

Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise

... Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.

Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.

### **Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags**

Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?

Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Ereignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

### **Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr**

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."

Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: "**Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.**" ...<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" sendete am 4. August 2013 ein Gespräch mit dem deutschen Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN): >>"Das ist mir alles zu lahm"

... Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder

**Gerhard Schröder:** Herr Gysi, ... Tempora, X-Keyscore ... Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?

**Gregor Gysi:** Nein, noch nicht ...Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das

reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. ...<<  
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 28. Mai 2014: >>**Bundesregierung ohne Mitspracherecht: USA modernisieren Atomwaffen**

Die Bundesrepublik hat kein Mitspracherecht bei der Stationierung und Modernisierung von amerikanischen Atomwaffen in Deutschland. Darüber habe es "keine Verhandlungen" gegeben, teilte die Bundesregierung nach Angaben der *Rheinischen Post* auf eine Anfrage der Grünen mit.

Hintergrund ist die Ankündigung der amerikanischen Regierung, ihre Atomwaffen in Deutschland zu modernisieren. Dazu sollen ab 2020 neue Kernwaffen des Typs B61-12 in der Bundesrepublik stationiert werden.

#### **Grünen werfen Bundesregierung Heuchelei vor**

Das Bundesverteidigungsministerium verteidigte die Pläne. Diese dienten dazu, "die Sicherheit und Zuverlässigkeit aller von diesem Programm erfaßten Nuklearwaffen auch weiterhin auf höchstem Niveau sicherzustellen und damit die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung zu gewährleisten".

Die Grünen warfen der schwarz-roten Koalition nun ein "doppelzüngiges Spiel in Sachen Atomwaffen" vor. Daß die Bundesregierung weder informiert wurde, noch nachgefragt habe, sei "nicht nur peinlich, sondern auch verantwortungslos", kritisierte die Bundestagsabgeordnete Agnieszka Brugger.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. Mai 2015 (x887/...): >>**Jämmerlicher Vasall**

Die BND-Affäre taucht die Bundesrepublik in ein katastrophales Licht

Der neueste Geheimdienstskandal wirft fundamentale Fragen nach dem Wesen dieser Republik auf. Gibt es die "Kanzlerakte" doch?

Das Licht, welches die neuesten Enthüllungen zur Kungelei zwischen dem deutschen Bundesnachrichtendienst BND und US-Geheimdiensten auf die Bundesrepublik wirft, ist katastrophal. Die Republik erscheint wie ein jämmerlicher Vasallenstaat, dessen ferngesteuerte Führung im Auftrag einer fremden Macht gegen die Interessen des eigenen Landes und Volkes agiert.

Kanzlerin Merkel und ihre Entourage werden einiges aufbieten müssen, um dieses verheerende Bild zu korrigieren. Billige Ausflüchte wie beim letzten Durchlauf der immer wieder aufflammenden BND-NSA-Affäre darf man ihr nicht mehr durchgehen lassen.

Der BND hat also zigtausende Informationen an die US-Dienste gegeben und den Amerikanern dabei, wie es aussieht, sogar bei der Industriespionage gegen deutsche und europäische Unternehmen geholfen. Prominentestes Opfer sei Airbus. Das Kanzleramt wußte davon seit spätestens 2010 und unternahm nichts.

Als Argument für die Beihilfe, die wie ruchloser Verrat aussieht, wird angeführt: Man benötige im Gegenzug brisante US-Informationen, etwa zum islamischen Terror. Ohne die Gaben der US-Agenten sei man hier "blind und taub", was Deutschlands Sicherheit gefährde. Dafür verlangten die Amerikaner billigerweise entsprechend wertvolle Gegenleistungen.

Diese Begründung für den Vasallendienst ist mehr als fadenscheinig. ...

Was bedeutet "taub und blind" überhaupt? In Berlin wird dem BND gerade ein gigantischer, milliardenteurer Gebäudekomplex hingestellt, 6.500 Mitarbeiter tun beim BND Dienst, sie verschlingen einen Jahresetat von mehr als 600 Millionen Euro. Wenn dabei nur Blindheit und Taubheit herauskommen, ist die Frage zwingend, was dort eigentlich getrieben wird.

Der frühere CDU-Außenpolitiker Willy Wimmer warnt, der Vorfall sei Nahrung für das Gerücht über eine angebliche "Kanzlerakte", nach der jeder Bundeskanzler seit 1949 der USA die Treue schwören müsse, bevor er ins Amt gelange. Wenn Merkel sich erneut herauszuwinden versucht, sind solche Gerüchte kein Wunder. Mit den Ausflüchten muß endlich Schluß

sein.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. Juli 2015 über eine Rede des deutschen CDU-Politikers Wolfgang Schäuble vom 18.11.2011 in Frankfurt: >>**Ein Staat im Wachkoma**

Die Augenwischerei nimmt kein Ende. Seit nunmehr 70 Jahren phantasieren Politiker und Medien im Widerspruch zur ständigen Rechtsprechung vom Untergang des Deutschen Reiches. Dem liegen Mißverständnisse und bewußte Falschinformationen zu Grunde, wie sich gerade wieder gezeigt hat.

... Im Lichte der heutigen Besatzungssituation Deutschlands, bedingt durch die fortgeltenden Besatzungsstatute und Vorbehaltsrechte der Alliierten, die in Deutschland Militärbasen, amerikanische Atomwaffen und grenzenlose Spionage überhaupt erst möglich machen und vor dem Hintergrund, daß Deutschland nach wie vor bei den Vereinten Nationen als Feindstaat geführt, keine Verfassung, kein gültiges Grundgesetz und keinen Friedensvertrag hat, läßt sich das Fortbestehen des Deutschen Reiches nur so verstehen, wie Wolfgang Schäuble es im November 2011 formulierte: "Wir hier in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

Das ist mittlerweile vielen klar geworden, besonders seit der NSA-Affäre, was allerdings die Konsequenzen dieser Aussage sind, verstehen nach wie vor die Wenigsten. Wenn Deutschland seither kein souveräner Staat mehr gewesen ist, dann deshalb, weil der einzig legitime Staat auf deutschem Territorium, der jemals souverän gewesen ist, daß Deutsche Reich war, das nach Auffassung der Richter in den letzten völkerrechtlich verbindlichen Grenzen vom 31. Dezember 1937 Bestand hatte. Dieses Deutsche Reich konnte nicht einfach untergehen oder von einer sogenannten Bundesrepublik vereinnahmt werden.

Erinnert wird hier an die Worte von Theo Waigel beim Schlesiertreffen in Hannover im Juli 1989, der seinerzeit formulierte: "Durch die Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 ist das Deutsche Reich nicht untergegangen." Das heißt: Der legitime Staat, auf dem wir uns heute befinden heißt nicht Bundesrepublik Deutschland sondern immer noch Deutsches Reich. Das hat nichts mit Geschichtsrevisionismus und noch viel weniger etwas mit braunem Gedankengut zu tun - obwohl allein der Name "Reich" bei vielen unwillkürliche Beißreflexe auslöst.

Hier geht es nicht um die Wiederherstellung des sogenannten Dritten Reiches, sondern um das Anknüpfen an die letztgültige und in freier Art und Weise erlassene Deutsche Verfassungsordnung von 1871. Die tausendjährige deutsche Rechts- und Verfassungsgeschichte gebietet, daß man sich an ihr orientiert, wenn man die Besatzung Deutschlands aufheben und wieder zum Recht und zum Frieden zurückfinden will.

Daß das Bundesverfassungsgericht sich damals anmaßte, die BRD als identisch mit diesem souveränen Deutschen Reich zu bezeichnen, ist als Täuschung wahrzunehmen, denn die BRD war, besonders wenn man die historische Situation während des Urteils 1973 bedenkt, weder souverän, noch wiedervereint, noch in irgendeiner anderen Weise dazu befähigt, über den völkerrechtlichen Zustand des besiegten Deutschen Reiches zu bestimmen. Darauf weist auch die Formulierung hin, das Deutsche Reich besäße nach wie vor "Rechtsfähigkeit", sei aber nicht "handlungsfähig".

Das geht nur deshalb zusammen, weil die Siegermächte völkerrechtlich nicht im Stande waren, den legitimen Deutschen Staat - dessen Geschichte weit über die zwölf dunklen Jahre hinausweist - vollends aufzulösen. Also installierten sie ein Besatzungskonstrukt oben drauf. Zuerst in vier Besatzungszonen aufgeteilt, dann zu zwei deutschen Teil-Verwaltungen - BRD und DDR - zusammengefaßt, dann ab 1989 wieder zusammengefügt, gab es nie den Moment, an dem ein von den Siegermächten errichtetes Staatskonstrukt das Deutsche Reich abgelöst hätte. Das war völkerrechtlich unmöglich. Was aber möglich war, war die Handlungsunfähig-

keit des Deutschen Reiches sicherzustellen - bis heute geschieht dies auf verschlungenen Pfaden.

Seit der militärischen Niederlage 1945 liegt das Deutsche Reich - das sich aus Staatsvolk, Staatsgebiet, Staatsverfassung und Staatsgewalt zusammensetzte - im Wachkoma. Die Bundesrepublik Deutschland, nach Aussage der Väter des Grundgesetzes ein Besatzungskonstrukt ohne Verfassung, die den ehemaligen Siegermächten ihre Befugnisse sichern und daher nur als Verwaltungsgebiet angesehen werden kann, war ebenso wie Deutsche Demokratische Republik nie ein Staat im eigentlichen Sinne. Der Hauptgrund dafür ist der, daß sie beide 1949 durch die Alliierten gegründet worden sind und bis zum Schluß dem Diktat der Sieger unterlagen.

Bei der sogenannten Wiedervereinigung wurde das Deutsche Reich nicht wiederhergestellt, sondern lediglich zwei Verwaltungskonstrukte zusammengeführt, ohne dabei aber das Besatzungsrecht tatsächlich aufzuheben, wie aus den Klauseln des Zwei-plus-vier-Vertrages deutlich wird, der noch Teile des Überleitungsvertrages von 1954/55 fortbestehen ließ. Explizit wurde damit 1989/90 sichergestellt, daß die USA als Hauptsiegermacht weiterhin ihre Befugnisse über Deutschland behalten würde. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2018 berichtete im Mai 2018: >>"Die Deutschen gehorchen, wie seit über 70 Jahren"

*\_Rolf Hochhuth im Gespräch mit Jürgen Elsässer*

Ami go home: Der gefeierte Autor analysiert die Lage der Nation und teilt nach allen Seiten kräftig aus. Angesichts der Großen Koalition fürchtet er um den Bestand der Demokratie. Besonders die Unterwürfigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten bringt ihn zur Weißglut. ...

**Die BRD als US-Bundesstaat**

*Woran arbeiten Sie derzeit?*

Germany, 52. US-Bundesstaat, so wird mein nächstes Stück heißen.

*Um was geht es darin?*

Rolf Hochhuth: Im ersten Akt muß Verteidigungsstaatssekretär Willy Wimmer dem Bundeskanzler Ende der 1980er Jahre melden, was die USA uns als ihrem charakterlosen Satelliten zumuten: die atomare Vernichtung Dresdens und Potsdams. Genau wie es, als einziger Deutscher (!), Schäuble sinngemäß gesagt hat: "Wir waren seit Kriegsende nicht eine Stunde souverän."

Im zweiten Akt bittet Putin Siemens-Chef Joe Kaeser in sein Büro und bietet an, daß die Deutschen den Russen ihren ICE bauen können: der größte Industrieauftrag, den es je gab! Doch der US-Präsident verbietet das, und die Deutschen gehorchen, wie seit über 70 Jahren. Vollkommen unterwürfig und ekelhaft, wie seit ihrer totalen Kapitulation 1945. Als hätten wir zum zweiten Mal Auschwitz verbrochen, zwingen uns die Amerikaner, dieses märchenhafte Riesengeschäft an China abzutreten! Merkwürdig, daß hierzulande keinem aufgeht: Eine Regierung, die sich derart von den USA maßregeln läßt, kann gar nicht im Interesse Deutschlands handeln!

"In entscheidenden Fragen sind wir ohne jedes Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem Pentagon."

Und der dritte Akt, auch angezettelt auf Geheiß Amerikas: Abriß der zwei 90 Jahre alten, höchst ruhmreichen Kudamm-Bühnen, die von den zwei großen Juden Max Reinhardt und Oskar Kaufmann aus eigener Tasche finanziert worden sind. So wie Fontane es schriftlich gab: "Die Juden finanzieren uns Deutschen die Kultur, und wir Arier finanzieren den Antisemitismus." Eine Kulturschande, wie Berlin sie bisher allein mit der Bücherverbrennung unter den Nazis erlebt hat, und zweitens mit der Vernichtung des Schlüter-Schlusses durch die SED-Verbrecher. ...

*Wollen Sie damit sagen, daß wir in der Bundesrepublik keine legalen Mittel mehr haben, um*

### *Opposition und Widerstand zu betreiben?*

Rolf Hochhuth: Genau das will ich sagen. Denn in entscheidenden Fragen, nicht in so Nebensächlichem wie Scheidungen oder Steuerhinterziehung oder Bestechung im Sport, sind wir ohne jedes Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem Pentagon. Auf dessen Geheiß schicken wir deutsche Soldaten nach Litauen, 180 Kilometer vor Petersburg - also dorthin, wo wir Deutschen in nur 26 Jahren schon zwei Mal gestiefelt sind!

"Ich habe Frau Wagenknecht gewählt - also zum ersten Mal in meinem sehr langen Leben links."

### **Wen kann man noch wählen?**

*Aber wir könnten doch eine andere Regierung wählen, die uns aus der babylonisch-amerikanischen Gefangenschaft führt?*

Rolf Hochhuth: Nein, aus der kommt die BRD niemals mehr heraus - genau der Grund, warum ich nicht von Deutschland spreche, sondern von dem 52. US-Bundesstaat, der wir ja in Wahrheit nur noch sind, dank Hitlers Krieg und seiner Ermordung der sechs Millionen!

Dokumentiert ist zum Beispiel die sehr verständliche Ausrede des Schweizers Ackermann, viele Jahre Chef der Deutschen Bank, warum er nicht trotz überbordenden Reichtums der Europäer den Dritte-Welt-Ländern den Schuldenschnitt gewähre: "Weil ich dann ebenso ermordet werde wie Herrhausen!" Der war sein Vorgänger und wurde von den Amerikanern totgemacht - genau deshalb, weil er riskiert hatte, als anständiger Europäer diesen Schuldenschnitt vorzuschlagen.

Wir haben ja in der BRD als maßgebend - alle anderen sind viel zu schwach -, nur noch die Einheitspartei CDU-SPD. Warum? Weil hier sogar unsere Politiker nicht wissen, daß in den zwei Demokratien England und Amerika die Große Koalition nur im Krieg erlaubt wird! Denn wem Demokratie am Herzen liegt, der weiß, mit der großen Koalition wird diese abgewürgt - jedenfalls wenn sie länger dauert als ein Jahr -, weil der stärkere Partner, bei uns immer die Schwarzen, die Roten mundtot und blöde quatscht.

Wir Deutschen merken es aber deshalb nicht, weil wir im Hinblick auf die sogenannte innere Freiheit immer willenlos-unzurechnungsfähig waren. Natürlich keineswegs, was Freiheit gegenüber Fremden betrifft, sonst hätte es ja unseren höchst ruhmvollen Krieg gegen Napoleon nie gegeben. So ist die SPD mit ihren jammervollen 18 Prozent, wie die letzte Umfrage belegt, keine eigene Partei mehr; sie wurde in der Umarmung der Merkel-Regierung vollständig entmannt. ...<<

### **16. Wieso zählt Angela Merkel zur gehorsamen Erfüllungsgehilfin und willigen Handlangerin der Neuen Weltordnung?**

Angela Merkel (ab 1990 Pressesprecherin des DA-Vorsitzenden und MfS-Mitarbeiters Wolfgang Schnur, seit März 1990 stellvertretende Regierungssprecherin der Ost-CDU, 1991-1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend; 1994-1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 1998-2000 CDU-Generalsekretärin, 1999 spielte "Kohls Mädchen" während der CDU-Finanz- und Parteispendenaffäre die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin, da sie nicht mit dem Spendenskandal der "Patriarchen" Kohl, Schäuble u.a. in Verbindung gebracht werden konnte, Merkel forderte z.B. am 22.12.1999 in der FAZ die CDU auf, sich von Kohl zu trennen, 2000-2018 CDU-Bundesvorsitzende, nahm im Mai 2005 am "Bilderberger-Treffen" in Rottach-Egern teil, seit Herbst 2005 erste Bundeskanzlerin Deutschlands, erhielt 2008 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith).

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 ein Tsunami (durch Seebeben erzeugte Flutwelle) große Gebiete der japanischen Nordostküste. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU.

Nach dieser Atomkatastrophe im japanischen Fukushima entschied sich Bundeskanzlerin Merkel für eine Kehrtwende in der deutschen Atompolitik. Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgeerntet derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).

Im Jahre 2015 gab die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (ohne Zustimmung des Bundestages) das große Willkommenssignal. Daraufhin kamen mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migranten unkontrolliert und nicht registriert nach Deutschland. Bei diesen angeblich politisch Verfolgten (gemäß Grundgesetz Artikel 16a), Kriegsflüchtlings (gemäß Genfer Konvention) und Wirtschaftsmigranten handelte es sich hauptsächlich um muslimische Männer, vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie den Maghrebstaaten (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen) und der Sahelzone (u.a. Nigeria und Eritrea).

Wer es wagte, diese selbstmörderische "Asylpolitik" bzw. den Anfang einer systematischen Umvolkung zu kritisieren, wurde durch die Meinungsmedien sofort als Nazi beschimpft und ausgegrenzt. Kanzlerin Angela Merkel beschloß praktisch im Alleingang, mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migranten ins Land zu holen.

Das US-Magazin "TIME" wählte Angela Merkel im Dezember 2015 zur "Person des Jahres" (x323/43).

Infolge der illegalen Masseneinwanderung aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika explodierten nachweislich die "asylbedingten Kosten". Allein für 2016/17 ging das Bundesfinanzministerium von etwa 43 Milliarden Euro aus. Diese "asylbedingten Kosten" sind zukünftig jährlich von den deutschen Steuerzahlern aufzubringen. Im Jahre 2017 stellte Bundeskanzlerin Merkel ("Wir schaffen das ...") vor der Bundestagswahl nochmals klar, daß es mit ihr keine Obergrenze für Flüchtlinge geben wird und weiterhin ein verstärkter Familiennachzug erfolgen sollte.

Die von Bundeskanzlerin Merkel angeordneten politischen Destabilisierungsmaßnahmen dienten nicht dem Wohle des deutschen Volkes und fügten der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu.

Bundeskanzlerin Merkel leitete zum Teil ohne Zustimmung des Bundestages eigenmächtig u.a. folgende katastrophalen Destabilisierungsmaßnahmen ein:

Beschluß vom 30. Juni 2011 über den Atomausstieg bzw. die sog. Energiewende (Zerstörung der bisherigen stabilen Stromversorgung). Aussetzung der Wehrpflicht ab 1. Juli 2011 und Reduzierung der Streitkräfte von 330.000 auf 180.000 Soldaten (Zerstörung der bisherigen Verteidigungsfähigkeit). Ratifizierung des ESM-Vertrages (unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten) im Jahre 2012. Grenzöffnung im Jahre 2015 (Masseninvasion von mindestens 1,1 Millionen Migranten aus dem Mittleren Orient und aus Afrika). Unterzeichnung des umstrittenen UN-Migrationspaktes ("Global Compact for Migration") im Jahre 2018. Starrsinnige Durchsetzung der "WHO-Corona-Notverordnungen" (seit März 2020 wurden in Deutschland u.a. ungezählte ökonomische Existenzen zerstört und wesentliche demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt).

Die arglistig durch die eigene Regierung eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen werden die staatlichen Institutionen und den deutschen Industriestandort unweigerlich komplett ruinieren sowie die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und letzten Endes das gesamte Land unaufhaltsam zerstören.

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 11. März 2000 (x887/...): >>>Ein unterschätztes "Mädchen"

**Angela Merkel dürfte im April an die CDU-Spitze gelangen**

In der Partei nennt man sie "das Mädchen". Doch der Spitz- oder Kosename ist eine Unterbreitung. Machtbewußt wie kaum ein anderer Politiker hat Angela Merkel ihren Durchmarsch

an die Parteispitze fast geschafft. Wenn nicht alle Eindrücke täuschen, dürfte die 45jährige Pastorentochter aus Mecklenburg-Vorpommern am 10. April als Nachfolgerin von Wolfgang Schäuble an die CDU-Spitze gewählt werden. Damit wird die CDU künftig mehr nach links driften, wenn die Bundestagsfraktion mit ihrem neuen Vorsitzenden Friedrich Merz nicht gegensteuert.

Der unaufhaltsame Aufstieg der Angela Merkel begann mit der verlorenen Bundestagswahl 1998, nachdem sie in den letzten Jahren der Kohl-Ära als Umweltministerin und stellvertretende CDU-Vorsitzende eine unauffällige Rolle gespielt hatte. Kohl hatte die aus dem "Demokratischen Aufbruch" der DDR kommende Politikerin in den wilden Wendezeiten entdeckt, weil sie ihre Arbeit als stellvertretende Regierungssprecherin des letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere vorzüglich verrichtete. Fortan stand sie im System Kohl für die Ost- und Frauenquote.

Erst Schäuble erweckte die in der Rostockerin - in Hamburg geboren - steckenden Talente und beförderte sie, nachdem er den CDU-Chefsessel von Kohl übernommen hatte, zur Generalsekretärin. Eloquent ging Frau Merkel ans Werk. In der Familienpolitik setzte sie mit dem im Dezember verabschiedeten Grundsatzpapier andere Akzente. Seitdem gehören für die CDU homosexuelle Lebensgemeinschaften auch "irgendwie" zu den Familien.

In der aktuellen Finanz- und Spendenkrise spielte Frau Merkel die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin. Da sie nicht mit dem Finanzsystem des "Patriarchen" in Verbindung gebracht werden konnte, stand sie im Gegensatz zu dem sich immer stärker selbst verstrickenden Schäuble im Ruf einer glaubwürdigen Politikerin. ...

Die alten Herren der CDU haben "das Mädchen" unterschätzt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. April 2004 (x887/...):  
>>**Auf dem Weg zu einer "DDR light"?**

... Instrumentalisierter Antifaschismus war schon als Aushängeschild und Drohgebärde unverzichtbar für das DDR-Regime. Sind nun im wiedervereinigten Deutschland an die Stelle der im SED-Staat alles beherrschenden "Sieger der Geschichte" heute die fast ebenso einflußreichen "politisch korrekten" Gutmenschen getreten? ...

Wer heute eine "rechte" Position bekämpft, muß sich - ebenso wie dereinst in der DDR - damit nicht inhaltlich auseinandergesetzt haben, braucht weder Sekundärliteratur noch Quellen, sondern muß nur allgemeines Einverständnis mit den "Anständigen" und "Gutwilligen", nur seine "Betroffenheit" signalisieren. Im Unterschied allerdings zu den Zeiten der organisierten Antifa-Aufmärsche der SED-Ära geschieht heute die fröhliche Hatz auf "Rechte" völlig freiwillig. ...

Jedem im konservativen Lager Stehenden hätte eine gewalttätige Vergangenheit wie die des Joschka Fischer politisch das Genick gebrochen. Ideologische Jugendsünden werden eben nur dann verziehen, wenn sie aus der linken Ecke kamen. Sympathisantentum ist nur dann "in", wenn es Marx und Lenin, Mao und Ho Chi Minh galt.

Argumente, daß Grenzen zwischen Opfern und Tätern oft fließend seien - besonders in Diktaturen, daß man alles in seiner historischen Bedingtheit sehen müsse und jeder ein Kind seiner Zeit und seiner Umwelt sei und daß deshalb Pauschalisierungen stets problematisch seien - solche Argumente kann sich zwar jeder Russe zugute halten bezüglich der sieben Jahrzehnte unter Lenin, Stalin, Breschnew und Konsorten, sie gelten jedoch nicht für die Deutschen im 21. Jahrhundert bezüglich der zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches.

Deshalb muß noch immer "bewältigt" werden, müssen wir auch fast sechs Jahrzehnte nach Kriegsende noch immer die potentiellen "willigen Vollstrecker" ... als TV-Serien-Monster zur Abschreckung vorgeführt bekommen - und sei es bis zum Erbrechen! Unter der "Moralkeule" des Holocaust muß sich jede neue Generation immer wieder erneut als zur Erbsünde verdammtes Volk fühlen.

Kann es da noch verwundern, daß auch die CDU/CSU - unter dem permanenten medialen Druck stehend, die letzten "alten Zöpfe" doch endlich abzuschneiden und endlich "moderner" zu werden - in panischer Angst lebt, in den Verdacht des "Rechtsextremismus" zu geraten, und immer "zeitgeistschnittiger" wird? Nachdem die Parteiführung in der Abtreibungsdebatte schon längst die Segel gestrichen hat, läßt sie nun auch die Homo-Ehe unangetastet, schreibt klammheimlich das christliche Ehe- und Familienbild ab, akzeptiert Deutschland als Einwanderungsland.

Typisch insbesondere ihr Umgang mit Parteifreunden wie Philipp Jenninger, Steffen Heitmann oder Martin Hohmann, aber auch die von ihr selbst angeregten und schnell wieder abgewürgten Debatten über Doppelstaatsbürgerschaft, Leitkultur oder Patriotismus. Bei all dem folgt sie nicht nur den Vorgaben des linken Medienkartells, sondern auch den beiden Kirchen, die "mit heraushängender Zunge atemlos japsend der Zeit hinterherlaufen", wie seinerzeit schon Kurt Tucholsky erkannte.

Der englische Bestseller-Autor Frederick Forsythe schrieb hierüber im Juni 2000 einen Brief an den CDU-Politiker Erwin Teufel. Forsythe nannte die "Political Correctness" in Deutschland eine "neue und absurde Religion, die die Herrschaft in Ihrem Vaterland, Herr Ministerpräsident, übernommen zu haben scheint".

Und an anderer Stelle: "Ein bedeutender britischer Konservativer sagte einst zu einem politischen Gegner: 'Mein Herr, ich lehne alles ab, was Sie sagen, aber ich würde bis zum Tode für Ihr Recht kämpfen, es sagen zu dürfen.'

Die PC-Fanatiker haben das ins Gegenteil verkehrt: 'Ich lehne alles ab, was Sie sagen, und ich werde bis zu Ihrem beruflichen und politischen Tod kämpfen, wenn Sie auch nur versuchen sollten, es zu sagen.'

Das ist, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, der Grund, warum ich heutzutage beunruhigt bin, wenn ich nach Deutschland komme. Statt lebendiger und offener Debatte gibt es hier nur Friedhofsruhe."

Kann es da noch verwundern, daß manche schon davon sprechen, die Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts nähere sich einer "DDR light" an?<<

Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtete im Oktober 2015 (x933/...): >>Der Putsch von oben: Deutschland wurde von US-Merkel gekapert

Wir erleben derzeit den Putsch von oben, eine Zerstörung des Staates durch die Bundeskanzlerin. Es ist an der Zeit, endlich demokratische und rechtsstaatliche Zustände herzustellen.

*Von Henry Paul (freischaffender Künstler)*

Damit wir uns richtig verstehen. Es geht nicht um eine persönliche Suada gegen eine mir nur hinlänglich bekannte Frau. Es geht mir um eine Verdeutlichung des politischen Zustandes, den die US-hörige Kanzlerin wissentlich, willentlich und vorsätzlich herbeigeführt hat. Frau Merkel hat sich des "souveränen Staates Deutschland" bemächtigt und hat aus diesem Staat ein totalitäres Regime geformt. Leise, still, anhaltend, nachhaltig, hinterhältig.

Der Putsch von Oben. Die Frau, die uns tagtäglich mit "Demokratie-Geschwurbel" vollsäuselt, die uns tagtäglich das "hohe Lied" der "offenen Gesellschaft", einer "notwendigen EU", eines "deutschen Willkommen-Landes" vorplärrt, hat das alles getan, um uns zu brainwashen, uns einzuseifen, damit wir von IHR selbst geputscht werden können. Denn das, was sie zur Zeit macht, ist der Putsch von OBEN. Ist die Zerstörung des Staates durch die Kanzlerin.

Skandal wäre eine Untertreibung. Es ist eine Ungeheuerlichkeit was diese Frau da macht. Es ist ein kapitales Verbrechen an den Bürgern des Staates, dem sie als Regierungschefin vorsteht. Es ist die teuflische Umsetzung eines Plans fremder Mächte, denn diese Kanzlerin ist noch nicht einmal in der Lage, ihr Handeln geirntechnisch zu begreifen; sie ist zu dumm dazu.

Sie ist nur eine Marionette, eine Puppe der Umsetzung, eine willfährige Transformations-

Agentin, eine Pseudo-Kanzlerin, eine Lügnerin und Volksverhetzerin höchsten Grades. Kein Verbrechen ist schlimmer, als das, was diese Frau derzeit macht: sie zerstört einen angeblich souveränen Staat mitsamt ihren Bürgern.

Sie zerstört ein Volk, daß sich so wohlverhalten hat wie kein Volk seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie zerstört unsere Ordnung, unsere Demokratie, unser Selbstbewußtsein, unser Standing, unsere Ehre, unsere Würde. Sie zerstört Deutschland.

**Sie hat geschickt agiert.** Sie hat moralisch-psychologische Instrumente geschickt auf Geheiß eingesetzt, um den Großteil der Bevölkerung zu instrumentalisieren. Gutmenschentum und allgemeine Menschenrechte wurden benutzt, um Politik, also Verteilung von Machtverhältnissen, auszuhebeln und ein Regime der Allein-Herrschaft auf breiter Front durchzusetzen. Begonnen hat das alles mit ihrem Credo des Durchregierens, fortgesetzt durch das stupide Beamten-Verfahren Schritt für Schritt, orchestriert durch eine rigide, US-amerikanisch untermauerte Total-Zensur aller Medien (Besatzungs- und Kontrollrecht der Presse existiert!) und anhaltende Manipulation des Volkes mit Hilfe von Brot und Spielen (Fußball) sowie den Talk-Shows im Staatsfunk.

**Die Verdrehung der politischen Inhalte zu Aperçues** in den hinteren Seiten des Feuilletons bei gleichzeitiger Aufmotzung völlig aberwitziger Nebensächlichkeiten und Staatsfunk-Statements hat den Bürgern seit mindestens 5 Jahren eine Regierungsart vorgeführt, die sich im Wesentlichen um die Begriffe "Weltmeister-Export-Nation", "Globalisierungsvorteile", "wir sind die Besten" und "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" schert.

Die Dauer-Berieselung mit den Null-Slogans der EU-Notwendigkeit, der Euro-Zwangsfiananzierung, der Schuldenrettungsarien, der Steuererhöhungen, der Entmündigung aller Bürger zu braven Sofahockern war der teuflische Plan der Dunkelmänner hinter ihr, obwohl sie selbst den Konstrukt einer DDR völlig verinnerlicht und nun zur weiteren Exekution gebracht hat. Wahrscheinlich ist es das einzige was sie wirklich kann.

**Deutschland soll komplett untergehen im Strom der unkontrollierten Muslime und Islamisten.** Unsere christliche Kultur soll zerstört werden. Unser Volk soll zerstört werden. Unser Land soll uns weggenommen werden. Unsere Demokratie ist bereits aufgelöst, es herrscht der blanke Totalitarismus und die persönliche Diktatur der Frau Merkel und ihrer hundsfüttischen Kamarilla externer Couleur aus Großbritannien, Israel und den USA und indigener Varianz aus Bonn und Berlin. Sie, die Merkel tut nichts, um die Situation zu retten.

Sie darf auch nichts tun. Sie darf nur jeden Tag beschwichtigen, während die 300erter, die Dunkelmänner, die Mafiosi, die Finanzoligarchie, die Militär-Kamarilla, die NATO-Idioten, die grün-, rot- und dunkelrot gefärbten Sozialdeppen und Gutmenschen noch mehr hereinholen wollen.

Damit das Land von innen ersäuft, von innen zerstört wird. All die sogenannten Demokraten und wohlstandigen Bürger, die sich in Parteien organisieren; all die Parteimitglieder und Mandatsträger haben immer noch nicht gegrafft, um was es hier geht. Sie sind still und denktot. Sie fördern das System des Willkommens derjenigen, die uns morgen die Kehle durchschneiden. All die Pöstchenbesitzer, Stelleninhaber und Abzeichenträger haben noch nicht kapiert, daß wir bereits im Endspiel um die Total-Niederlage sind. Und das ohne Schiedsrichter. Foul-Spiel heißt das Spiel. Treten, Hacken und Umlegen die Varianten.

**Weil unsere eigene Regierung,** die eigenen Minister, die eigenen Geheimdienste, die eigene Polizei, die Bundeswehr, die Ministerpräsidenten der Länder, die Kreisvorsitzenden, die Bürgermeister, die Ortsbeiräte noch nicht realisiert haben, daß es zu Ende geht: die kritische Masse der Übernahme ist bereits jetzt erreicht und es kommen immer noch 3-5 mal so viele hinzu.

Die Signale waren und sind laut genug. Clan-Kriminalität, Mord, Totschlag, Ehrenmorde, Zwangsverheiratung, Gesetzesbruch, Polizisten-Angriffe, Richter-Bedrohungen, Parallelge-

sellschaft, Sozialbetrug, Arbeitsverweigerung, Dominanz-Brutalität, Einfordern von Privilegien, Religions-Dominanz, Frechheiten als tägliches Spiel der Invasions-Macht, Bedrohung der Helfer, Vergewaltigung in den Lagern, kriminelles Showdown an täglicher Front.

**Das Signal des Totalitarismus ist die Aufforderung von Oben, nicht zu demonstrieren, sondern den "Flüchtlingen" zu helfen.** Das ist wie der Befehl zur tätigen Mithilfe für die eigenen Henker. Wer noch einen Funken Verstand hat, sollte ihn jetzt benutzen, jetzt denken, was zu tun ist, jetzt Freunde und Bekannte informieren, sich mit allen Bürgern zusammen tun und gemeinsam unser Vaterland retten.

Meine Ansage hieße: Der Notstand ist da. Widerstand nach Artikel 20 (4) GG ist allen deutschen Bürgern ab sofort erlaubt. Bundeswehr an die Grenzen - die deutschen Grenzen total dichtmachen. Keine Zuwanderung mehr nach Deutschland erlauben - egal wer und woher.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 23. August 2017: >>**Gehört Merkel hinter Gitter?**

... Eigentlich sollte man meinen, daß der Kanzler-Eid ein rechtskräftig verpflichtender Eid ist wie jeder andere. Zumal sich Angela Merkel bei ihr passender Gelegenheit selbst auf ihn berufen hat. Am 27. Februar 2012 erklärte sie in Bezug auf die Euro-Rettung und einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone: "Abenteuer einzugehen, verbietet mein Amtseid."

**HÖRT, HÖRT!**

Ein Verbot ist nach gängiger Rechtsauffassung eine Anweisung zur Unterlassung einer Handlung. Diese Anweisung kann in Regeln, Richtlinien, Befehlen oder Rechtsnormen näher definiert sein, Letztere etwa als gesetzliches Verbot.

Frau Merkel scheint ihren Amtseid selbstherrlich auszulegen. Jedenfalls hat er ihr offenbar nicht "verboten":

- mit dem überhasteten und opportunistischen Ausstieg aus der Kernenergie 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima dem deutschen Volk ganz erheblichen Schaden zuzufügen. Laut Bundesverfassungsgericht steht den Stromversorgern eine "angemessene Entschädigung" zu. Diese beziffern ihren Schaden auf mindestens 20 Milliarden Euro. Den eigentlichen und weit größeren Schaden können alle Stromkunden auf ihrer seit Jahren dramatisch steigenden Stromrechnung ablesen.

Jedenfalls hält es Frau Merkel offenbar mit ihrem Amtseid auch für vereinbar, daß die Bundesregierung mit der illegalen Grenzöffnung fortlaufend gegen geltendes Recht verstößt; daß sie mit der Verpfändung deutscher Sparguthaben zu Gunsten südeuropäischer Euro-Länder den Schaden und nicht den Nutzen des deutschen Volkes mehrt; daß die Regierung mit der hunderttausendfachen Duldung von Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten auf Kosten deutscher Steuer- und Beitragszahler keinesfalls "Gerechtigkeit gegenüber jedermann" ausübt. Und trägt die Kanzlerin nicht zumindest indirekt politische Mitverantwortung dafür, daß islamistische Terroristen nicht rechtzeitig abgeschoben wurden?

Man reibt sich verwundert die Augen: Wieso wurde Angela Merkel bislang nicht wegen Verletzung ihres Amtseides belangt? Müßte sie - eigentlich - nicht längst im Gefängnis einsitzen? Hat sie doch vor der höchsten Instanz überhaupt - der Vertretung des deutschen Volkes! - feierlich geschworen: "So wahr mir Gott helfe."

Fakt ist: Jeder, der vor einem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages oder eines Landtages falsch aussagt, ob eidlich oder uneidlich, macht sich strafbar. ...<<